



Deutsche Burschenschaft

Hochschulpolitische Stellungnahme der Deutschen Burschenschaft (DB)

Anlässlich der Hochschulproteste an rund 50 Universitäten der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich sieht sich der Akademikerverband Deutsche Burschenschaft in seinen hochschulpolitischen Forderungen der letzten Jahre bestärkt.

Folgende hochschulpolitischen Änderungen hat die Deutsche Burschenschaft in den letzten Jahren gefordert:

1. Forderung:

Die DB fordert die Zulassung aller Bachelorabsolventen zum Masterstudiengang an derselben Hochschule.

Erklärung:

Nach Meinung der DB sollte jeder Student der an einer Hochschule ein Studium mit einem Bachelor abschließt an derselben Hochschule seinen Master machen können. Denn nur der Master ist ein mit den alten Abschlüssen vergleichbarer akademischer Hochschulabschluss.

2. Forderung:

Der Masterabschluss soll der Regelstudienabschluss sein.

Erklärung:

Es ist wichtig, dass unsere Studienabsolventen gut ausgebildet sind, damit diese eine gute Chance auf dem mit der Weile globalisierten Arbeitsmarkt haben und unser Land technologisch wie wirtschaftlich nach vorne bringen können.

3. Forderung

Keine wirtschaftlich, bedarfsgerechte Wissensvermittlung im Studium, sondern Erhalt der Wissenschaftlichkeit.

Erklärung:

Wie oben bereits erwähnt sollen unsere Studenten gut ausgebildet werden. Dies geht aber nicht, wenn sie nur eine stumpfe, nur auf ihren späteren Beruf bezogene Ausbildung bekommen. Die Ausbildung muss gemäß dem Humboldtschen Prinzip auch Allgemeinbildung vermitteln, sowie auch das freie Gestalten des Lernens ermöglichen. D.h., dass das Studium weniger, wie es jetzt bei den Bachelorstudiengängen der Fall ist, verschult sein soll, sondern, mehr wie die alten Diplomstudiengängen, es dem Studenten frei gestellt sein soll, wann er welchen Kurs besucht.

4.Forderung:

Gleichwertige Bachelor- bzw. Masterstudiengänge in ganz Europa.

Erklärung:

Die Bachelor- und Masterstudiengänge wurden eingeführt um europaweit gleiche Studienabschlüsse zu erhalten. Dies ist aber nicht der Fall. So wird z.B. in England ein deutscher Bachelor großteils nicht anerkannt. Nicht einmal unter den deutschen Hochschulen werden die Kurse gleich bewertet, geschweige denn die Bachelor-/Masterabschlüsse. So gibt es z.B. für manche Scheine in Karlsruhe eine andere ECTS-Punktezahl als in Mannheim. Ein Wechsel ist somit selbst zwischen deutschen Hochschulen sehr schwierig. Diese Schwierigkeiten gilt es durch europaweit gleiche Studiengänge zu beseitigen.

5. Forderung:

Abschaffung genereller Studiengebühren und Ersatz durch Langzeitstudiengebühren.

Erklärung:

Wir fordern die Abschaffung der generellen Studiengebühren, damit jeder Abiturient unabhängig von seinen finanziellen Gegebenheiten studieren kann. Jedoch sind wir uns der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst und wollen daher keine Dauerstudenten. Sollte jemand tatsächlich übermäßig lange studieren, so kann er, nach unserer Meinung für sein Studium selbst bezahlen.

6. Forderung:

Studiengebühren, sofern vorhanden, müssen den Hochschulen zu gute kommen.

Erklärung:

Die Studenten bezahlen mit den Studiengebühren für ihr Studium. Daher dürfen diese auch nur zur Verbesserung der Lehre verwendet werden und nicht zur Stopfung von Haushaltslöchern. Dies darf auch nicht hintenrum geschehen, indem durch Kürzung der Zuschüsse für die Hochschulen die Studiengebühren wieder an das Land fließen.

7. Forderung:

Selbstbestimmung der Hochschulen über ihre Mittel.

Erklärung:

Welche Investitionen am besten für Lehre und Forschung an den Hochschulen sind kann allein die jeweilige Hochschule wissen. Daher sollte sie auch entscheiden, wofür die Gelder verwendet werden. Auch sollte es möglich sein, dass Hochschulen Überschüsse sparen können für größere Investitionen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Überschüsse müssen an das Land zurückgeführt werden.

8. Forderung:

Mehr Mitspracherecht für Studenten.

Erklärung:

Die Studierenden selbst sehen am ehesten, wo es in Sachen Lehre Mängel gibt. Daher sollten diese die Möglichkeit haben diese nicht nur weiterzumelden, sondern auch entsprechende Mittel zu bewilligen.

9. Forderung:

Keine Zulassungsbeschränkungen der Studiengänge bzgl. der ZVS. Eine Zulassungsbeschränkung darf nur von Seiten der Hochschulen erfolgen.

Erklärung:

Die Hochschulen sollten das Recht haben sich ihre Studenten selbst auszusuchen und zu entscheiden, wie viele Studenten pro Studiengang und Semester zugelassen werden. Dies ist deswegen wichtig, da die Hochschulen als einzige ihre Studiengänge genau kennen und somit alle Rahmenbedingungen abschätzen können.

10. Forderung:

Keine Verwendung von Geldern für ideologische Grabenkämpfe, sondern nur für eine gute Hochschulpolitik.

Erklärung:

In einigen Hochschulstädten werden bestimmte hochschulpolitische Projekte nur deswegen abgelehnt, weil sie von in der Hochschulpolitik aktiven Studenten unseres Verbandes vorgeschlagen werden und somit z.T. sinnvollen Projekten die Gelder verweigert. Unter anderem wurde z.B. seitens des AstAs in Bonn versucht die Zahlungen an die Fachschaft Agrar einzustellen, nur weil ein Burschenschafter sich aktiv in dieser engagiert.